

S A T Z U N G

ZUM SCHUTZ DES BAUMBESTANDES DER STADT WÜRSELEN

- BAUMSCHUTZSATZUNG -

VOM 11. OKTOBER 2002

Stand: Oktober 2002

SATZUNG
ZUM SCHUTZ DES BAUMBESTANDES DER STADT WÜRSELEN
- BAUMSCHUTZSATZUNG -
VOM 11. OKTOBER 2002

Der Rat der Stadt Würselen hat aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666) in der derzeit gültigen Fassung sowie des § 45 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (LG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV NW Nr. 41, S. 568), zuletzt geändert am 25.09.2001 durch Artikel 107 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechtes an den Euro in Nordrhein-Westfalen (GV NW Nr. 34, S. 708) in seiner Sitzung am 8. Oktober 2002 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gegenstand der Satzung

Zweck dieser Satzung ist es, den Baumbestand (Bäume) insbesondere zur

- a) Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts,
- b) Belebung, Gliederung u. Pflege des Orts- und Landschaftsbildes,
- c) Abwehr schädlicher Einwirkung, z.B. Luftverunreinigungen u. Lärm,
- d) Erhaltung und Verbesserung des Stadtklimas,
- e) Erhaltung eines artenreichen Baumbestandes

zu erhalten und gegen schädliche Einwirkungen zu schützen.

§ 2

Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung regelt den Schutz des Baumbestandes innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereiches der Bebauungspläne.
- (2) Vom Geltungsbereich ausgenommen sind Flächen, für die ein Bebauungsplan Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 Nrn. 11, 14 bis 18, 20, 24 bis 26 des Baugesetzbuches trifft und die im Zusammenhang mit dem baulichen Außenbereich stehen, wenn und soweit sich ein Landschaftsplan, eine ordnungsbehördliche Verordnung nach § 42 a LG NW oder eine einstweilige Sicherstellungsanordnung nach § 42 e LG NW auf diese Flächen erstreckt und Schutzfestsetzungen nach §§ 20 bis 23 LG NW auch für den Baumbestand trifft. Satz 1 gilt entsprechend für Flächen im Geltungsbereich von Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und 3 des Baugesetzbuches.
- (3) Die Vorschriften dieser Satzung gelten nicht für Wald im Sinne des Gesetzes zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) vom 02.05.1975 und des Forstgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesforstgesetz) vom 24.04.1980 in der jeweils geltenden Fassung.
- (4) Vom Geltungsbereich dieser Satzung ausgenommen sind Betriebsflächen, auf denen zulässigerweise erwerbswirtschaftlicher Obstanbau betrieben wird sowie Betriebsflächen von Gärtnereien und Baumschulen mit zum Verkauf bestimmten Gehölzen.

§ 3

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Geschützt sind Laub- und Obstbäume sowie Eiben mit einem Stammumfang von mind. 70 cm, gemessen in 1 m Höhe über dem Erdboden. Nadelbäume sind geschützt, wenn sie in einer Höhe von 1 m über dem Erdboden einen Stammumfang von 1 m und mehr aufweisen. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, so ist der Stammumfang unmittelbar unter dem Kronenansatz maßgebend. Mehrstämmige Bäume sind geschützt, wenn die Summe der Stammumfänge 70 cm beträgt und mindestens ein Stamm einen Mindestumfang von 30 cm aufweist.
- (2) Diese Satzung gilt auch für Bäume, die aufgrund von Festsetzungen eines Bebauungsplanes zu erhalten sind, sowie für die nach dieser Satzung vorgenommenen Ersatzpflanzungen, auch wenn in beiden Fällen die Voraussetzungen des Absatzes 1 nicht erfüllt werden.
- (3) Nicht unter die Vorschriften der Baumschutzsatzung fallen Bäume, die aufgrund höherrangiger straßenrechtlicher Regelungen als Zubehör zur Straße der Verkehrssicherungspflicht des jeweiligen Straßenbaulastträgers unterliegen. Die Verpflichtung des Straßenbaulastträgers, dem Naturschutz und der Landschaftspflege nach straßen- und naturschutzrechtlichen Vorschriften Rechnung zu tragen und im gegebenen Fall Ausgleichsmaßnahmen vorzunehmen, bleibt hiervon unberührt.

§ 4

Ge- und Verbote zum Schutz des Baumbestandes

- (1) Geschützte Bäume sind zu erhalten und mit diesem Ziel zu pflegen und vor Gefährdung zu bewahren.
In diesem Sinne ist der/die Eigentümer/in des Grundstückes, auf dem sich der geschützte Baum befindet, verpflichtet,
 - a) je nach Baumart, Standort und Witterungsverhältnissen die erforderlichen Dünge- und Bewässerungs- sowie Bodenverbesserungsmaßnahmen durchzuführen,
 - b) beschädigte Äste und Totholz zu entfernen.
- (2) Im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen ist der/die Eigentümer/in des Grundstückes, auf dem sich der geschützte Baum befindet, verpflichtet, den Wurzelraum freizuhalten und den Kronentraufbereich durch einen Bauzaun zu sichern.

Ist der/die Bauherr/Bauherrin nicht Grundstückseigentümer/in, dann geht die Pflicht nach Satz 1 auf ihn/sie über.
- (3) Die Stadt kann anordnen, dass der/die Eigentümer/in des Grundstückes, auf dem sich der geschützte Baum befindet, über die in den Absätzen 1 und 2 enthaltenen Verpflichtungen hinausgehende Maßnahmen zur Pflege, zur Erhaltung und zum Schutz des Baumes trifft.
Im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen kann diese Anordnung auch gegen den/die Bauherrn/Bauherrin gerichtet werden.
- (4) Die Stadt Würselen kann anordnen, dass der/die Eigentümer/in die Durchführung bestimmter Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen an geschützten Bäumen durch die Stadt oder durch von ihr Beauftragte duldet, sofern ihm/ihr die Durchführung nicht selbst zugemutet werden kann.

- (5) Im Geltungsbereich dieser Satzung ist es verboten, geschützte Bäume zu entfernen, zu zerstören, zu schädigen oder ihren Aufbau wesentlich zu verändern. Eine wesentliche Veränderung des Aufbaues liegt vor, wenn an geschützten Bäumen Eingriffe vorgenommen werden, die auf das charakteristische Aussehen erheblich einwirken, die Standsicherheit oder das weitere Wachstum beeinträchtigen.
- (6) Unter die Verbote des Absatzes 5 fallen auch alle Einwirkungen auf den Raum im Bereich unter der Baumkrone (Kronentraufbereich) oder im Wurzelbereich, die zu einer nachhaltigen Be- oder Verfestigung dieser Fläche und damit zur Schädigung oder zum Absterben des Baumes führen können, sowie künstliche Veränderungen der Erdoberfläche und Ausschachtungen in diesen Bereichen.
Weiterhin fallen hierunter alle schädigenden Einwirkungen durch das Lagern, Anschütten und sonstige Verbringen von Stoffen, wie Salze, Säuren, Öle, Laugen, Farben und andere Schadstoffe. Hierzu zählt auch die Anwendung von chemischen Behandlungsmitteln (z.B. Herbiziden, Insektiziden, Fungiziden), soweit sie nicht für die Verwendung unter oder an Gehölzen durch die biologische Bundesanstalt zugelassen sind.
- (7) Unter die Verbote des Absatzes 5 fallen weiterhin nachhaltige Eingriffe an Stamm- und Baumkrone, insbesondere durch das Anbringen von Freileitungen, Schaltkästen, Schildern und Haltevorrichtungen sowie das Anlegen von offenem Feuer im Kronentraufbereich.
- (8) Nicht unter die Verbote der Absätze 5 bis 7 fallen
- a) ordnungsgemäße und fachgerechte Maßnahmen zur Pflege und Erhaltung geschützter Bäume; sofern diese Maßnahmen mit einem massiven Rückschnitt im Kronenbereich verbunden sind, ist mit der Maßnahme ein anerkanntes Fachunternehmen (Meisterbetrieb mit Nachweis von Kenntnissen der Baumpflege und der visuellen Baumkontrolle) zu beauftragen;
 - b) Maßnahmen im Rahmen der Gestaltung, Unterhaltung und Sicherung von öffentlichen Grünflächen, Friedhöfen und Wasserläufen;
- (9) Von den Verboten der Absätze 5 bis 7 ausgenommen sind weiterhin unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Personen oder unbewegliche Sachen von bedeutendem Wert, welche von geschützten Bäumen ausgeht oder die zwar nicht von diesen ausgeht, aber nur durch gegen die geschützten Bäume gerichtete Handlungen abgewehrt werden kann. Eine gegenwärtige Gefahr im Sinne des Satzes 1 liegt vor, wenn ein Schaden bereits eingetreten ist oder unmittelbar bevorsteht. Die vorgenannten unaufschiebbaren Maßnahmen zur Gefahrenabwehr sind der Stadt Würselen unverzüglich anzuzeigen und zu begründen.

§ 5

Ausnahmen und Befreiungen

- (1) Ausnahmen von den Verboten des § 4 sind zu genehmigen, wenn
- a) der/die Eigentümer/in des Grundstückes, auf dem sich der geschützte Baum befindet, aufgrund von Vorschriften des öffentlichen Rechts oder aufgrund eines rechtskräftigen Urteiles verpflichtet ist, geschützte Bäume zu entfernen oder ihren Aufbau wesentlich zu verändern und er/sie sich nicht in anderer zumutbarer Weise von dieser Verpflichtung befreien kann,
 - b) ein nach den baurechtlichen Vorschriften zulässiges Vorhaben sonst nicht oder nur unter wesentlichen Beschränkungen verwirklicht werden kann; Vorhaben im Sinne dieser Vorschrift sind solche, die unter den Begriff des Bauvorhabens nach § 29 Baugesetzbuch fallen,

- c) von dem geschützten Baum eine konkrete Gefahr für Personen oder unbewegliche Sachen von bedeutendem Wert, die nicht gegenwärtig im Sinne des § 4 Absatz 9 ist, ausgeht, sofern diese nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden kann; eine konkrete Gefahr im Sinne dieser Vorschrift liegt vor, wenn der Schaden nach Art, Ort und Zeit voraussehbar und mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist,
- d) der geschützte Baum krank ist und die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist,
- e) die Beseitigung des geschützten Baumes aus überwiegendem, auf andere Weise nicht zu verwirklichenden öffentlichen Interesse dringend erforderlich ist.

(2) Ausnahmen von den Verboten des § 4 können genehmigt werden, wenn

- a) ein geschützter Baum im Standraum durch andere geschützte Bäume so eingeschränkt oder behindert wird, dass eine Sicherstellung der Entwicklung auf längere Zeit nicht gewährleistet ist oder wenn der Baum aus anderen Gründen keine ausreichende Entwicklungsfähigkeit mehr besitzt und die Beseitigung auf andere Bäume entwicklungsfördernd ist,
- b) von dem geschützten Baum eine konkrete Gefahr im Sinne des § 5 Absatz 1 Buchstabe c) für bewegliche Sachen ausgeht, sofern diese aus besonderen Gründen nicht aus dem Gefahrenkreis entfernt werden können,
- c) von dem geschützten Baum zwar keine oder noch keine konkrete Gefahr im Sinne des § 5 Absatz 1 Buchstabe c) ausgeht, der Eintritt eines Schadens für Personen oder Sachen von bedeutendem Wert jedoch aufgrund der Umstände des Einzelfalles auf absehbare Zeit nicht ausgeschlossen werden kann,
- d) der geschützte Baum die Einwirkung von Licht und Sonne auf Fenster unzumutbar beeinträchtigt; eine unzumutbare Beeinträchtigung liegt vor, wenn Fenster so beschattet werden, dass dahinter liegende Wohnräume während des Tages nur mit künstlichem Licht benutzt werden können, aber ohne Einwirkungen des betroffenen Baumes ohne künstliches Licht im Rahmen der gewöhnlichen Zweckbestimmung nutzbar wären,
- e) der geschützte Baum wegen vorangegangener Eingriffe oder Einwirkungen keine ausreichende Entwicklungsfähigkeit mehr besitzt, sofern ein dauerhafter Bestandsausgleich gewährleistet ist,
- f) der geschützte Baum eine nachgewiesene Pollenallergie bei Bewohnern des Grundstückes oder eines angrenzenden Grundstückes auslöst oder nachhaltig verstärkt und die Beseitigung des Baumes unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalles eine Verbesserung gewährleistet.

(3) Von den Verboten des § 4 der Baumschutzsatzung können im Einzelfall Befreiungen erteilt werden, wenn

- a) das Verbot zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und eine Befreiung mit dem öffentlichen Interesse vereinbar ist oder
- b) die Befreiung aus Gründen des öffentlichen Wohls erforderlich ist.

(4) Die Voraussetzungen für eine Ausnahme oder Befreiung nach den Absätzen 1 bis 3 sind vom/von der Antragsteller/in nachzuweisen.

§ 6

Antragstellung

- (1) Ausnahmen oder Befreiungen sind bei der Stadt Würselen schriftlich zu beantragen. Der Antrag muss Angaben über die Art und den Stammumfang des geschützten Baumes, für den eine Ausnahme oder Befreiung gewährt werden soll, enthalten. Dem Antrag ist ein Lageplan im Maßstab 1:500 beizufügen, in dem der Standort des betroffenen Baumes sowie die Abstände zu den Grundstücksgrenzen und zu eventuell vorhandenen Gebäuden mit Maßangabe einzutragen sind.
- (2) Der Antrag auf Ausnahme oder Befreiung von den Verboten nach § 4 ist zu begründen. Sofern erforderlich ist das Vorliegen der Voraussetzungen des § 5 durch ergänzende Unterlagen nachzuweisen.

In den Fällen des § 5 Absatz 1 Buchstaben c) und d) und Absatz 2 Buchstaben a) bis f) kann anstelle einer gutachterlichen Stellungnahme eines anerkannten Fachbetriebes (Meisterbetrieb mit Nachweis von Kenntnissen der Baumpflege und der visuellen Baumkontrolle) eine visuelle Kontrolle des betroffenen Baumes durch das Fachpersonal der Stadt Würselen beantragt werden.

Die Stadt Würselen führt in diesem Fall keine eventuell erforderlichen Untersuchungen über die einfache Sichtkontrolle hinaus aus. Sie übernimmt weder die Verantwortung für den ordnungsgemäßen Zustand des Baumes, noch ersetzt diese Besichtigung die Nachweispflicht des Antragstellers, wenn eine Krankheit oder eine Gefahr im Sinne der vorgenannten Vorschriften im Rahmen dieser Inaugenscheinnahme nicht festgestellt werden kann. Die Kosten dieser Sichtkontrolle sind der Stadt Würselen zu erstatten; die Erstattung bemisst sich nach dem durchschnittlichen Zeitaufwand pro Ortstermin einschließlich der Vor- und Nachbereitung und Fahrtzeit und beträgt pauschal 48,00 Euro zuzüglich 16,00 Euro für jeden weiteren Baum je Ortstermin. Die Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Bearbeitung des Antrages nach den Vorschriften der jeweils geltenden Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Würselen bleibt hiervon unberührt.

- (3) Antragsberechtigt im Sinne des Absatzes 1 ist der/die Eigentümer/in des Grundstückes, auf dem sich der geschützte Baum befindet. Im Einzelfall kann die Ausnahme oder Befreiung von Dritten beantragt werden, wenn die schriftliche Zustimmung des/der Grundstückseigentümers/Grundstückseigentümerin vorliegt und sichergestellt ist, dass eventuelle Nebenbestimmungen eingehalten oder ausgeführt werden.
- (4) Stehen geschützte Bäume im Eigentum der Stadt Würselen, ist ein Ausnahme- oder Befreiungsantrag von der Verwaltung in Form einer Vorlage an den zuständigen Fachausschuß des Rates der Stadt Würselen zu stellen. Dieser befindet über den Antrag.
- (5) Die Entscheidung über die Ausnahme oder Befreiung wird schriftlich erteilt. Sie ergeht unbeschadet privater Rechte Dritter und kann mit Nebenbestimmungen verbunden werden. Dem/der Antragsteller/in ist insbesondere in den Fällen des § 5 Abs. 1 Buchstabe b) und des § 5 Abs. 2 Buchstaben d) bis f) gemäß § 7 aufzugeben, Ersatz oder Ausgleich zur Erhaltung des Baumbestandes zu leisten. Die Ausnahme oder Befreiung kann auch befristet erteilt werden. Im Falle des Absatzes 4 geht die Entscheidung des Fachausschusses der Verwaltung in Form der Sitzungsniederschrift zu.

§ 7

Ersatzpflanzungen und Ausgleichszahlungen

- (1) Wird auf der Grundlage des § 5 Abs. 1 Buchstabe b) oder § 5 Abs. 2 Buchstaben d) bis f) eine Ausnahmegenehmigung erteilt, so hat der/die Eigentümer/in des Grundstückes, auf dem sich

der geschützte Baumbestand befindet, auf seine/ihre Kosten für jeden entfernten geschützten Baum als Ersatz nach Maßgabe der Absätze 2 und 3 einen neuen Baum auf dem Grundstück, auf dem der geschützte Baum entfernt wurde, zu pflanzen und zu erhalten.

Wird auf der Grundlage des § 3 Buchstabe a) eine Befreiung erteilt, so kann diese im Einzelfall mit einer entsprechenden Auflage für eine Ersatzpflanzung verbunden werden.

Ist die Ersatzpflanzung auf dem Grundstück der Baumrodung nicht möglich, kann sie auch auf einem angrenzenden Grundstück vorgenommen werden.

- (2) Die Ersatzpflanzung bemisst sich nach dem Stammumfang des entfernten Baumes. Beträgt dessen Stammumfang, gemessen in 1 m Höhe über dem Erdboden, bei Laubbäumen, Obstbäumen oder Eiben bis zu 100 cm, bei Nadelbäumen bis zu 150 cm, ist als Ersatz ein standortgerechter Baum mit einem Mindeststammumfang von 16 bis 18 cm, gemessen in 1 m Höhe über dem Erdboden, zu pflanzen. Beträgt der Stammumfang des zu entfernenden Baumes bei Laubbäumen, Obstbäumen oder Eiben mehr als 100 cm, bei Nadelbäumen mehr als 150 cm (jeweils gemessen in 1 m Höhe), ist für jeden weiteren angefangenen Meter Stammumfang ein zusätzlicher standortgerechter Baum mit einem Mindeststammumfang von 16 bis 18 cm, gemessen in 1 m Höhe über dem Erdboden, zu pflanzen.

Der Standort der Ersatzpflanzung ist so zu wählen, dass verbleibender geschützter Baumbestand in der Entwicklung nicht gefährdet ist. Die Belichtung und Besonnung von Wohnraumfenstern der vorhandenen bzw. genehmigten Gebäude darf durch die Standortwahl nicht unzumutbar beeinträchtigt werden.

- (3) Die Ersatzpflanzung soll spätestens in der der Rodung des geschützten Baumbestandes folgenden Pflanzperiode erfolgen. Als Pflanzperiode gilt der Zeitraum vom 1. Oktober bis 15. April. Auf schriftlichen Antrag kann die Frist verlängert werden. Wächst die Ersatzpflanzung nicht an, ist sie spätestens in der dem Ausfall folgenden Pflanzperiode zu wiederholen. Der/Die zur Durchführung der Ersatzpflanzung Verpflichtete hat die Durchführung der Ersatzpflanzung unaufgefordert durch Lieferbescheinigung und Rechnungsbeleg nachzuweisen.
- (4) Ist eine Ersatzpflanzung ganz oder teilweise unmöglich, so ist eine Ausgleichszahlung zu leisten. Unmöglich ist eine Ersatzpflanzung, wenn ihr rechtliche oder tatsächliche Gründe (fachliche Gesichtspunkte eingeschlossen) entgegenstehen. Eine Ausgleichszahlung ist ebenfalls zu leisten, wenn der/die Pflichtige seinen/ihren Verpflichtungen gem. § 7 Absätze 1 bis 3, eine Ersatzpflanzung vorzunehmen, nicht, nicht vollständig oder nicht fristgerecht nachkommt.
- (5) Die Höhe der Ausgleichszahlung bemisst sich nach dem Warenwert des entfernten Baumes, wobei dem Warenwert ein Stammumfang von 16 bis 18 cm, gemessen in 1 m Höhe über dem Erdboden, zugrunde zulegen ist. Zum Warenwert sind die gesetzliche Mehrwertsteuer sowie 30 % vom Nettowarenwert für Transport- und Pflanzkosten hinzuzurechnen. Der Warenwert des Baumes ist nach Angaben der jeweils gültigen Kataloge großer Baumschulen im Durchschnitt zu ermitteln.
- (6) Von der Regelung der Absätze 1 bis 5 können in besonders begründeten Fällen Ausnahmen zugelassen werden. In jedem Falle müssen Belange des Baumschutzes (§ 1) gewahrt bleiben.

§ 8

Baumschutz im Baugenehmigungsverfahren

- (1) Wird für ein Grundstück im Geltungsbereich dieser Satzung eine Baugenehmigung beantragt, so sind im Lageplan die auf dem Baugrundstück vorhandenen geschützten Bäume im Sinne des § 3 mit Angaben von Art, Standort und Stammumfang einzutragen. Es sind auch die geschützten Bäume angrenzender Grundstücke darzustellen, wenn diese durch ein Vorhaben beeinträchtigt werden könnten.

- (2) Wird die Baugenehmigung für ein Vorhaben beantragt, bei dessen Verwirklichung geschützte Bäume entfernt, zerstört, geschädigt oder verändert werden sollen, so ist der Antrag auf Genehmigung einer Ausnahme nach § 5 dem Bauantrag beizufügen. Anderenfalls ist eine Erklärung des/der Bauherrn/Bauherrin oder seines/ihrer Beauftragten beizufügen, dass für die Durchführung des Bauvorhabens keine nach der Satzung geschützten Bäume gerodet, zerstört oder geschädigt werden.
- (3) Absätze 1 und 2 gelten auch für Bauvoranfragen nach § 71 BauO NW und für Anzeigen im Genehmigungsverfahren nach § 67 BauO NW. Die Darstellung der Bäume kann in diesem Fall maßstabsgerecht auf einer Abzeichnung der Flurkarte erfolgen.

§ 9

Folgenbeseitigung

- (1) Wird ein geschützter Baum entgegen den Verboten des § 4 entfernt oder zerstört, so hat der/die Eigentümer/in des Grundstückes, auf dem sich der geschützte Baum befindet oder befunden hat, für jeden entfernten oder zerstörten geschützten Baum eine Ersatzpflanzung nach den Bestimmungen des § 7 Absätze 1 bis 3 zu leisten, sofern eine Ausnahme oder Befreiung nach § 5 nicht genehmigt worden ist und auch ohne Ersatzpflanzung nicht genehmigt worden wäre.
- (2) Wird ein geschützter Baum entgegen den Verboten des § 4 geschädigt oder im Aufbau wesentlich verändert, so hat der/die Eigentümer/in des Grundstückes, auf dem sich der geschützte Baum befindet, soweit dies möglich ist, die Schäden oder Veränderungen zu beseitigen oder zu mildern, sofern eine Ausnahme oder Befreiung nach § 5 nicht genehmigt worden ist. Führt die Schädigung dazu, dass der Baum auf Dauer nicht erhalten werden kann, kommt dies einer Zerstörung des Baumes im Sinne des Absatzes 1 gleich; in diesem Fall ist ebenfalls eine Ersatzpflanzung nach den Bestimmungen des § 7 Absätze 1 bis 3 zu leisten.
- (3) Ist in den Fällen der Absätze 1 und 2 eine Ersatzpflanzung aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen ganz oder teilweise nicht möglich, so ist eine Ausgleichszahlung nach den Bestimmungen des § 7 Absätze 4 bis 5 zu leisten.
- (4) Die Verpflichtung des/der Eigentümers/ Eigentümerin zur Folgenbeseitigung entfällt, wenn und soweit nachgewiesen ein Dritter den geschützten Baum widerrechtlich entfernt, zerstört, geschädigt oder im Aufbau wesentlich verändert hat und Schadenersatzansprüche gegen den Drittverursacher nicht geltend gemacht oder durchgesetzt werden können.

§ 10

Verwendung von Ausgleichszahlungen

Die nach dieser Satzung zu entrichtenden Ausgleichszahlungen sind an die Stadt Würselen zu leisten. Sie sind zweckgebunden für Ersatzpflanzungen im Geltungsbereich dieser Satzung, vorrangig in der Nähe des Standortes der entfernten oder zerstörten Bäume zu verwenden.

§ 11

Rechte und Pflichten nach dieser Satzung

- (1) Die sich aus dieser Satzung für den/die Grundstückseigentümer/in ergebenden Rechte und Pflichten gelten entsprechend für Wohnungseigentümer, Erbbauberechtigte und sonstige zur Nutzung des Grundstückes dinglich Berechtigte. Mehrere Verpflichtete sind gesamtschuldnerisch verantwortlich.
- (2) Im Falle eines Eigentumswechsels gehen grundstücksgebundene Verpflichtungen auf den/die neue/n Grundstückseigentümer/in über.

§ 12

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig gemäß § 70 Absatz 1 Nr. 17 Landschaftsgesetz NW handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 - a) einen geschützten Baum entgegen den Verboten des § 4 entfernt, zerstört, schädigt oder seinen Aufbau wesentlich verändert, sofern eine Ausnahme oder Befreiung nach § 5 nicht genehmigt worden ist,
 - b) im Zusammenhang mit der Durchführung von Baumaßnahmen die Gebote des § 4 Absatz 2 oder Anordnungen gemäß § 4 Absatz 3 zur Pflege, zur Erhaltung und zum Schutz des Baumes nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig befolgt,
 - c) entgegen § 9 Absatz 2 Maßnahmen zur Beseitigung oder Milderung von Schäden oder Veränderungen nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig ausführt.
- (2) Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 71 Abs. 1 Landschaftsgesetz NW mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden, soweit die Zuwiderhandlung nicht nach anderen Rechtsvorschriften mit Strafe bedroht ist.

§ 13

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Würselen - Baumschutzsatzung - vom 12. November 1996 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Würselen - Baumschutzsatzung - wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Würselen, den 11. Oktober 2002

In Vertretung:

Werner Birmanns
Erster Beigeordneter